FRANK KONERSMANN

Von der Grafschaft Rietberg zur bürgerlichen Grundherrschaft des Unternehmers Friedrich Ludwig Tenge (1699-1862)¹

Vorbemerkung

In dem vorliegenden Beitrag werden die Grundzüge des verfassungspolitischen Wandels der ostwestfälischen Grafschaft Rietberg mit dem für die Senne typischen gesellschaftlichen Strukturwandel in Beziehung gesetzt. Eine solche strukturanalytische Gesamtbetrachtung, in der auch neue Forschungsergebnisse insbesondere über die lutherische Unternehmerfamilie Tenge und die katholische Kirche vor Ort berücksichtigt werden, liegt in der Landesforschung bisher nicht vor. Auf der Grundlage dieser Analyse rückt der zunehmende Interessenantagonismus zwischen Gruppen und Individuen in den Blick, der als solcher in der Forschung noch nicht thematisiert worden ist.

Zu den Spezifika dieser Region gehören die zunehmend engeren Beziehungen der Grafschaft Rietberg zur Habsburgermonarchie im Verlauf des 18. Jahrhunderts, die das politische Schicksal der Grafschaft nachhaltig prägten. Eine Prägung ganz anderer Art folgte aus der Generalmandatur der Grundherrschaft durch den bürgerlichen Kaufmann Friedrich Ludwig Tenge zwischen 1822 und 1836 im fürstlichen Auftrag. Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts verfügte das Gebiet nur über eine geringe gewerbliche Infrastruktur, die erst durch das entschlossene Auftreten Tenges und seine industriellen Initiativen eine erhebliche Belebung erfuhr. Demgegenüber ist sowohl für die Regierungen der Grafen von Kaunitz-Rietberg im Ancien Régime als auch für die des französischen Königs Jerôme sowie des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. im frühen 19. Jahrhundert ein geringes Interesse an sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen in diesem Gebiet kennzeichnend.

Der lutherische Unternehmer Tenge, der 1836 die Grundherrschaft Rietberg zu eigen erwarb, nahm seinerseits keinerlei Rücksicht auf die vor allem im 18. Jahrhundert von den Grafen von Kaunitz-Rietberg mit etlichen Baumaßnahmen sowie schulischen und karitativen Initiativen geförderte katholische Frömmigkeit, sodass Tenge den Unmut und Protest der Landbevölkerung, der meisten Geistlichen und Lehrer auf sich zog. Mit der ihm eigenen Unnachgiebigkeit in diesen Konflikten trug der lutherische Unternehmer letztendlich mit dazu bei, dass sich die Rietberger Senne zu einem Bollwerk des politischen Katholizismus entwickelte, der sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu ihrem hervorstechendsten Merkmal ausprägen sollte.

¹ Dem Aufsatz liegen vier Vorträge zugrunde, die im Rahmen des vierzügigen Rietberger Stadtführerseminars gehalten wurden. Das von Manfred Beine und Michael Orlob im Auftrag der Volkshochschule Reckenberg-Ems 2006 und 2007 durchgeführte Seminar diente der Schulung einer ausreichenden Anzahl Stadtführer für die Landesgartenschau Nordrhein-Westfalens 2008 in Rietberg. Ich danke Herrn Beine für die kritische Lektüre des Typoskriptes.

Diese Konstellation in der Grundherrschaft Rietberg unter der Landesherrschaft der konstitutionellen Monarchie Preußens gab die Richtung vor, die von der katholischen Bevölkerung seit den 1820er-Jahren eingeschlagen wurde, um nunmehr ihre Interessen selbst wahrzunehmen und sich für sie einzusetzen, sei es mit Hilfe von Gerichten, sei es durch das Engagement in Vereinen und Artikeln in Zeitungen, sei es durch Petitionen, sei es durch ihre Beteiligung an Wahlen, sei es durch erhöhte Mitarbeit in der katholischen Kirche.

I. Staatsrechtliche Stellung der Grafen von Kaunitz-Rietberg und verfassungspolitischer Wandel der Grafschaft

Der von Kaiser Karl IV. 1346 anerkannte reichsrechtliche Status der Grafen von Rietberg als souveräner Reichsstand mit Sitz und Stimme auf der westfälischen Grafenbank des Reichstages² konnte bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1806 aufrechterhalten werden, als Kaiser Franz II. auf die Kaiserkrone verzichtete. Diese formale Rechtsstellung der Grafschaft behielt ihre Gültigkeit, auch wenn die Landgrafen von Hessen-Kassel seit 1456 die Lehnshoheit über die Grafschaft beanspruchten, nachdem sie die Begleichung der Schulden Graf Konrads V. übernommen hatten.3 Der Lehnsanspruch der hessischen Landgrafen prägte seitdem das Schicksal der Grafschaft nachhaltig. Denn auf ihn sind erstens die Reformation der Grafschaft Rietberg 1537 und die vorläufige Sicherung des lutherischen Bekenntnisses im 16. Jahrhundert,⁴ zweitens die Ablehnung der konkurrierenden Erbansprüche des Hauses Liechtenstein auf die Grafschaft durch den Lehenshof von Hessen-Kassel 1691 und 1728 zugunsten der Witwe des Domherren und Grafen zu Rietberg Ferdinand Wilhelm,5 und schließlich drittens die Eingliederung der Grafschaft in das von Napoleon geschaffene Königreich Westphalen 1806 zurückzuführen.⁶ Denn der in Kassel residierende König Jerôme war u. a. Rechtsnachfolger der Landgrafen von Hessen-Kassel.

Neben dem starken lehnspolitischen Einfluss der Landgrafschaft Hessen-Kassel auf die Geschicke der Grafschaft Rietberg im Ancien Régime trat Ende des 17. Jahrhunderts die wachsende reichspolitische Bedeutung der in der Habsburgermonarchie unter Kaiser Leopold I. aufsteigenden mährischen Grafenfamilie von Kaunitz; sie stellte seinerzeit mit Dominik Andreas von Kaunitz immerhin einen Reichsvizekanzler. Die Grundlage für diese neue Verbindung wurde durch die 1699 erfolgte Eheschließung zwischen dem von Kaiser Leopold I. zum Reichshofrat ernannten Maximilian Ulrich von Kaunitz und Maria Ernestine

² Gerhard Oesterreich, Verfassungsgeschichte vom Ende des Mittelalters bis zum Ende des alten Reiches, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 11, München ⁶1986, S. 146.

³ Alwin *Hanschmidt*, Die Grafschaft Rietberg, in: Köln – Westfalen 1180-1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser (Ausstellungskatalog), Münster ²1981, S. 190-193, hier 191.

⁴ Franz *Flaskamp*, Zur Kirchengeschichte der Grafschaft Rietberg. Mittelalter, Reformation und Gegenreformation, in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte 55 (1962/63), S. 22-68, hier 30f.

⁵ Grete Klingenstein, Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studien zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton, Göttingen 1975, S. 81.

⁶ Monika *Lahrkamp*, Die französische Zeit, in: Wilhelm *Kohl* (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Kultur, Düsseldorf 1983, S. 1-43, hier 23.

Franziska von Rietberg geschaffen. Dank dieser Eheverbindung verfügte die Regierung der westfälischen Grafschaft nunmehr über politisch enge Beziehungen zu Personen am kaiserlichen Hof in Wien. Sie halfen dem Grafenehepaar beispielsweise, die konkurrierenden Erbansprüche des verwandten Hauses Liechtenstein an der Grafschaft Rietberg 1726 erfolgreich abzuwehren.⁷ In den folgenden Jahrzehnten verband sich das politische Schicksal der westfälischen Grafschaft unlösbar mit dem der Habsburgermonarchie. Dies ergab sich zudem durch außenpolitische Aufträge des Kaiserhauses an Maximilian Ulrich von Kaunitz-Rietberg in den 1720er-Jahren, vor allem aber durch das außerordentliche diplomatische Talent seines Sohnes Wenzel Anton in den 1740er-Jahren. Er machte sich an mehreren Fürstenhöfen in Europa für die Großmachtpolitik Kaiserin Maria Theresias verdient, die sich vor allem gegen Preußen richtete.

Diese enge politische Verbindung manifestierte sich Mitte des 18. Jahrhunderts, als der seit 1746 die Grafschaft offiziell regierende Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1753 das Amt des Staatskanzlers in der Habsburgermonarchie übernahm und sogar 1764 zum Reichsfürsten ernannt wurde. Mit dieser lehnsrechtlichen Erhöhung zum Fürsten, die zugleich eine Standeserhöhung der böhmischen Grafenfamilie Kaunitz insgesamt mit sich brachte, überragten die Grafen von Kaunitz-Rietberg nunmehr die meisten anderen westfälischen Grafen.⁸ In dieser exponierten reichspolitischen Stellung der Grafschaft Rietberg – gewissermaßen als habsburgische Dependance nahe preußischer Herrschaftsgebiete wie der Grafschaft Ravensberg - ist eine der wesentlichen Ursachen zu sehen, dass sie während des Siebenjährigen Krieges zwischen 1756 und 1763 durch preußisches Militär erheblich geschädigt wurde und über 800 Bürger der Stadt Rietberg ihr Leben verloren.9 Diese Gefahr hatte Graf Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg vorausgesehen, denn er zog 1758 die Kammer- und Regierungsmitglieder aus der Grafschaft ab und ließ das gräfliche Archiv in das Rheinland auslagern.10

Das Ende der vielen kleinen und mittleren, über 300 Adels-, Stadt- und Klosterherrschaften zählenden Reichsstände zeichnete sich spätestens seit den frühen 1790er-Jahren ab, als mehrere Kriege zwischen den europäischen Großmächten und der revolutionären Republik Frankreich die Reichsverfassung insgesamt bedrohten. Dieses Bedrohungsszenario zeichnete sich bereits in den ersten Friedensverhandlungen 1795 in Basel ab, wo der Austausch von Gebieten erwogen

⁷ Georg Joseph *Rosenkranz*, Beiträge zur Geschichte des Landes Rietberg und seiner Grafen, Rietberg 1853, (ND) Rietberg 1977, S. 90f.

⁸ Johannes Arndt, Das niederrheinisch-westfälische Reichsgrafenkollegium und seine Mitglieder (1653-1806), Mainz 1991, S. 14-18, 53-55.

⁹ Alwin Hanschmidt, Die Stadt Rietberg zwischen Westfälischem Frieden und Wiener Kongreß 1648 bis 1815, in: Alwin Hanschmidt (Hrsg.), 700 Jahre Stadt Rietberg 1289-1989. Beiträge zu ihrer Geschichte, Rietberg 1989, S. 93-165, hier 146; Manfred Beine, Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg und die Entwicklung von Ausgaben und Erträgen der Grafschaft Rietberg, in: Grete Klingenstein / Franz A. J. Szabo (Hrsg.), Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711-1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung, Paris / New York 1996, S. 441-465, hier 458.

¹⁰ Hanschmidt, Die Grafschaft Rietberg (wie Anm. 3), S. 191; Birgit Strimitzer, Relationen über den Einfall preußischer Truppen in die Grafschaft Rietberg im Frühjahr 1757, in: Westfälische Zeitschrift 146 (1996), S. 273-285, hier 283f. Nach Strimitzer wünschte Friedrich der Große ausdrücklich, preußische Truppen durch die Grafschaft Rietberg marschieren zu lassen, um den Staatskanzler Maria Theresias, "der den Krieg zuerst angesponnen hat, als ersten die Schäden und Widrigkeiten des Krieges" spüren zu lassen. Ebd., S. 274.

und damit die Existenz zahlreicher Reichsstände von den Monarchen Habsburgs und Preußens bewusst aufs Spiel gesetzt wurde. Diese von Karl Otmar von Aretin als "Länderschacher" bezeichnete Politik¹¹ bildeten eine der Grundlagen für den 1803 verabschiedeten Reichsdeputationshauptschluss. Darin wurden nicht nur die Säkularisation, d. h. die Aufhebung und Aufteilung zahlreicher kirchlicher Herrschaften unter die Großmächte, sondern auch die Mediatisierung zahlreicher Adelsherrschaften, d. h. die Aufhebung ihrer Reichsunmittelbarkeit, z. T. auch deren Zerstückelung beschlossen. Zu den betroffenen Herrschaften gehörte aber bezeichnenderweise noch nicht die Grafschaft Rietberg.¹² Diese bemerkenswerte Tatsache dürfte nicht zuletzt auf die Protektion der Habsburgermonarchie zurückzuführen sein.

Gleichwohl war die politische Selbstständigkeit der Grafschaft aber nur noch von kurzer Dauer. Denn nachdem Preußen bei Jena und Auerstedt 1806 vernichtend geschlagen worden war und seine westelbischen Besitzungen hatte abtreten müssen, gründete Napoleon das Königreich Westphalen und setzte seinen Bruder Jerôme als König ein, der seinen Regierungssitz in Kassel bezog. In das neue Königreich wurden zahlreiche westfälische Herrschaftsgebiete wie etwa die Fürstbistümer Paderborn und Osnabrück sowie die preußische Grafschaft Ravensberg eingegliedert. Dieses Schicksal ereilte nun auch die Grafschaft Rietberg, die erstmals ihre staatsrechtliche Selbstständigkeit verlor, wenn auch zunächst nur vorübergehend zwischen 1807 und 1814. Ihr endgültiges staatsrechtliches Ende als freier fürstlicher Grafschaft besiegelte schließlich der Artikel 43 der Schlussakte des Wiener Kongresses von 1815, als u. a. die Grafschaften Rietberg, Steinfurt und Limburg sowie die Herrschaft Rheda dem preußischen Königreich zugeteilt wurden.

Die Regierung der preußischen Provinz Westfalen mit Hauptsitz in Münster griff die meisten rechtlichen, administrativen und politischen Reformen König Jerômes auf, die er zwischen 1807 und 1814 im Königreich Westphalen veranlasst hatte. Diese Reformen veränderten nachhaltig die Lebensumstände und Handlungsspielräume der gesamten Bevölkerung in der vormaligen Grafschaft Rietberg, wo um 1818 über 13.000 Personen lebten.¹³ Denn gemäß dem Code civil von 1804 waren sie nunmehr alle persönlich freie Bürger und in konfessioneller Hinsicht gleichberechtigt.¹⁴ Dies galt auch für die Juden, die in der Grafschaft Rietberg dank der Toleranzpolitik des Grafen Wenzel Anton seit 1754 insbesondere in Neuenkirchen mit über hundert Glaubensangehörigen stark vertreten waren.¹⁵ Mit dem Code de commerce von 1807 wurde den Bürgern auch die Gewerbefreiheit zugestanden, deren Inanspruchnahme lediglich noch von der Zahlung einer Gebühr abhängig war.¹⁶ Zwar war die mehrheitlich bäu-

¹¹ Karl Otmar von Aretin, Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806, Stuttgart 1986, S. 434-448.

¹² Hanschmidt, Die Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 152.

¹³ Hanschmidt, Die Grafschaft Rietberg (wie Anm. 3), S. 190.

¹⁴ Allerdings scheint die Durchsetzung des Code civil in der ehemaligen Grafschaft Kaunitz-Rietberg erst verspätet erfolgt zu sein. Vgl. Bert *Bertling*, Mastholte im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Mastholter Ortsgeschichte, Heft 4 (1989), S. 25f.; *Lahrkamp*, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 33f.

¹⁵ Manfred *Beine*, Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg (wie Anm. 9), S. 448; Beate *Schrewe*, Schicksale jüdischer Familien in Neuenkirchen und Rietberg, in: Heimatverein Neuenkirchen und Stadt Rietberg (Hrsg.), Die Juden der Grafschaft Rietberg. Beiträge zur Synagogengemeinde Neuenkirchen, Rietberg 1997, S. 9-49, hier 9-13.

¹⁶ Lahrkamp, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 33f.

erliche und unterbäuerliche Bevölkerung der Grafschaft nun erstmals persönlich frei, sie war aber nach wie vor dem überkommenen Prinzip feudaler Bodenleihe mit den am verpachteten Boden haftenden Abgaben und Diensten unterworfen. Mit diesem feudalen Relikt wiesen die französischen Agrarreformen unverkennbar restaurative Züge auf. Gleichwohl wurde den Bauern erstmals die privatrechtliche Option eröffnet, sich dieser Pflichten durch Zahlung des 20- bis 25fachen Betrages einer Jahresbelastung zu entledigen. Entsprechende Ablöseverhandlungen mit zahlreichen Großbauern, sogenannten Kolonen, leitete allerdings erst der 1822 seine Geschäfte aufnehmende Generalmandatar des Grafen von Kaunitz-Rietberg, Friedrich Ludwig Tenge, ein. Die ersten Rentenverträge soll er immerhin bereits 1822 in der Bauerschaft Mastholte abgeschlossen haben,¹⁷ mit der Mehrheit der Kolonen vereinbarte er entsprechende Verträge erst zu Beginn der 1830er-Jahre.¹⁸

Im Unterschied zu dem liberalen Charakter der zivilrechtlichen Reformen in der französischen Regierungszeit geben hingegen die administrativen Reformen unverkennbar reformabsolutistische Merkmale zu erkennen, die auch die Maßnahmen der preußischen Regierung in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kennzeichneten. So wurden die vormaligen Selbstverwaltungsrechte der Stadt- und Landgemeinden und auch das Recht der städtischen Vollbürger, die Gemeinderäte zu wählen, aufgehoben und durch das Verfahren der Delegation ersetzt, das dem plutokratischen Prinzip folgte. Demnach konnten nur Höchstbesteuerte, sogenannte Notabeln, gewählt werden, aus denen sich der Munizipalrat rekrutierte;¹⁹ in der vormaligen Residenzstadt Rietberg bestand er aus acht Mitgliedern.²⁰ Der Bürgermeister (maire) wurde von den Munizipalräten gewählt und war dem Kantonspräsidenten rechenschaftspflichtig, der wiederum von dem Unterpräfekten des Arrondissements mit Sitz in Paderborn bestimmt und eingesetzt wurde. Die staatliche Verwaltung der vormaligen Grafschaft wurde 1808 in zwei Kantone gegliedert mit jeweiligem Sitz in der Stadt Rietberg und im Kirchspiel Neuenkirchen. Diese Kantonsverwaltung wurde bis 1838 aufrechterhalten, als Rietberg zum übergeordneten Amt und das Kirchspiel Verl zum Kanton erhoben wurden, während Neuenkirchen nunmehr dem neuen und vergrößerten Amt Rietberg zugeordnet war. Der Ortsbeamte von Rietberg kontrollierte im Prinzip jede Gemeindeversammlung in der Stadt Rietberg und in den zwölf Bauerschaften der vormaligen Grafschaft; nur er konnte eine solche Versammlung einberufen.²¹

Mit der westfälischen Gemeindeordnung von 1841 kehrte zwar das direkte Wahlrecht der Bürger zurück und wurde nunmehr auch den Dorfbewohnern zugestanden; es folgte allerdings den restriktiven Bestimmungen des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Demnach durften nur männliche Bürger über 24 Jahre, die über Hausbesitz verfügten und, gestaffelt nach ihrer Steuerleistung, einer der drei Klassen angehörten, jeweils ein Drittel der Gemeindeverordneten wählen.

¹⁷ Bertling, Mastholte (wie Anm. 14), S. 25.

¹⁸ Die Auflistung der Pflichtigen und die mit ihnen vereinbarten jährlichen Renten finden sich in: Archiv Tenge-Rietbeg (ATR), Best. Verwaltungssachen (V), Nr. 2174.

¹⁹ Lahrkamp, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 29.

²⁰ Hanschmidt, Die Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 154.

²¹ Hanschmidt, Rietberg unter der preußischen Monarchie 1815 bis 1918, in: Hanschmidt, 700 Jahre Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 446-487, hier 449.

Dieses von hoher sozialer Ungleicheit geprägte Wahlrecht hatte beispielsweise zur Konsequenz, dass 1856 in Rietberg nur 115 Personen von insgesamt 1950 Einwohnern wahlberechtigt waren, das entspricht einem Anteil von lediglich fünf Prozent.²² Darüber hinaus verteilten sich die 115 wahlberechtigten Bürger höchst ungleich auf die drei Steuerklassen: 10,5 % auf die erste, 26 % auf die zweite und 63,5 % auf die dritte Klasse. Demnach vermochten zwei Drittel der Wahlberechtigten aus der dritten Klasse nur über ein Drittel der Kandidaten zu entscheiden, während in der ersten Klasse zuweilen nur ein Wahlberechtigter, der im 19. Jahrhundert zudem immer aus der Unternehmerfamilie Tenge stammte, allein über ein anderes Drittel der Kandidaten entschied.²³ Für die Landgemeinden bot die westfälische Gemeindeordnung von 1841 aber immerhin erstmals die Chance zu politischer Partizipation,²⁴ weil nunmehr die Gemeindevertretung von den Dorfbewohnern direkt gewählt werden konnte, wenn auch die Kandidaten noch vom Amtmann in Rietberg bestätigt werden mussten.²⁵ Diese Einschränkung entfiel dann mit der preußischen Landgemeindeordnung 1856.26

Zeigte sich schon an diesem restriktiven Wahlrecht für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Stadt- und Landgemeinden in der Senne ein eklatantes Defizit politischer Partizipation, blieb ihnen generell jegliche Form direkter politischer Teilhabe an der staatlichen Verwaltung der Ämter Rietberg und Verl versagt. Denn die Spitzenämter der Verwaltung, verkörpert durch den Amtmann in Rietberg und den noch mächtigeren, zumeist adligen Landrat in dem 1816 neu geschaffenen Kreis Wiedenbrück, wurden beide von der preußischen Provinzregierung in Münster besetzt. Auf die Amtsführung dieser staatlichen Amtsträger vermochten die Bürger und Bauern der Senne daher nur indirekt Einfluss zu nehmen, wobei sie immerhin neue Einrichtungen und Medien in Anspruch nehmen konnten. So nutzten sie zum einen die seit den späten 1830er-Jahren gegründeten Gesellschaften und Vereine, um etwa umstrittene Besetzungen von Ämtern und eklatante Amtsvergehen öffentlich zu besprechen, zum anderen schrieben sie Artikel beispielsweise für das "Volksblatt" und beteiligten sich an Petitionen, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren und sich bei der preußischen Regierung Gehör zu verschaffen.²⁷

Generell ist für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts festzustellen, dass die staatliche Verwaltung gegenüber den Bürgern vor allem auf effektive Steuererhebung, "policeyliche" Kontrolle und militärische Requisition zielte. Gegebenenfalls wurde bei massivem Protest, Widerstand und Aufruhr Militär eingesetzt, ein autoritäres Vorgehen, das in der Geschichte der Grafschaft bis dahin ohne

²² Ebd., S. 451.

²³ Ebd., S. 452.

²⁴ Manfred Beine, 150 Jahre kommunale Selbstverwaltung, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh (1993), S. 138-149.

²⁵ Hanschmidt, Rietberg unter der preußischen Monarchie (wie Anm. 21), S. 449.

²⁶ Ebd C 455

²⁷ Beine, 150 Jahre kommunale Selbstverwaltung (wie Anm. 24), S. 148f.; Manfred Beine, Pressefreiheit und Agitation. Das Wochenblatt für den Kreis Wiedenbrück im Revolutionsjahr 1848, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 151-189; Frank Konersmann, Soziale Differenzierung und Politisierung ländlicher Gesellschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Amt Rietberg in Ostwestfalen zwischen 1822 und 1856, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Frankfurt 2001, S. 177-208, hier 188-198.

Beispiel war. Diese staatliche Zielsetzung und Vorgehensweise lässt sich beispielsweise 1809 anlässlich der Proteste von Stadtbürgern über die Vielzahl an Steuern gegen den Munizipalrat²⁸ und 1848 anlässlich des großen, bäuerlichen Protestzuges beobachten, der sich gegen hohe Rentenzahlungen an den bürgerlichen Grundherren Friedrich Ludwig Tenge in Niederbarkhausen richtete.²⁹

Die äußerst geringen Möglichkeiten zu politischer Partizipation für die Mehrheit der freien Bürger und Bauern im Königreich Westphalen und auch in den ersten Jahrzehnten der preußischen Regierung beeinträchtigte die politische Legitimität dieser neuen Staatsgebilde umso mehr, als das ausgefeilte und erweiterte neue Steuersystem, aber auch die häufigen militärischen Requisitionen die Lebensbedingungen der Bevölkerung erheblich beeinträchtigten, zumal sie zu deren wachsender Verschuldung beitrugen. So war die Stadt Rietberg um 1810 bereits mit über 57 000 Francs bei der königlichen Regierung in Kassel verschuldet.³⁰ Die vor allem von der bäuerlichen Bevölkerung zu leistende Grundsteuer soll Monika Lahrkamp zufolge "vielerorts drei- bis viermal so hoch wie in altwestfälischen Zeiten" gewesen sein.31 Hinzu kamen solche im Alten Reich noch unbekannte Sondersteuern wie etwa Personal-, Tür- und Fenstersteuern, darüber hinaus neue Gebühren für die Inanspruchnahme der Verwaltung und solche für den Bezug von Luxusgütern. Die preußische Regierung führte das französische Steuersystem zunächst fort, sodass es bereits 1816/17 in vielen Gebieten Westfalens zu Aufständen kam, ausgelöst durch steigende Lebensmittelpreise und verbreiteten Geldmangel.³² Des Weiteren verloren viele Männer Westfalens, darunter eine unbekannte Anzahl aus der Senne, ihr Leben im Dienst beim französischen und preußischen Militär, allein in den Kriegen mit Napoleon sollen es etwa 50 000 Personen gewesen sein.³³

In Anbetracht schwindender Erträge und wachsender Verarmung in der Rietberger Senne und nicht zuletzt auch infolge des Verlustes der Landeshoheit bemühte sich der letzte Vertreter der fürstlichen Familie, Aloysius Wenzel von Kaunitz-Rietberg, während des Wiener Kongresses zwischen 1814 und 1815, den preußischen König zum Tausch der Grafschaft Rietberg mitsamt der darauf beruhenden Rechtsansprüche und Einkünfte gegen säkularisierte Güter in Schlesien zu bewegen.³⁴ Denn die nahe seinem Stammsitz Austerlitz in Mähren gelegenen schlesischen Güter hätte er leichter und besser bewirtschaften können als die weit entfernt liegende westfälische Grafschaft. Obwohl der König auf sein Angebot eingehen wollte und es deshalb prüfen ließ, nahm der Fürst schließlich von seinem Vorhaben aus bisher nicht geklärten Gründen Abstand. Da der in Paris lebende Fürst allerdings auf immer mehr Bargeld angewiesen war, musste

²⁸ Hanschmidt, Die Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 154.

²⁹ Joachim Wibbing, Der "Zug nach Barkhausen" der Rietberger und Verler Bauern im März 1848, in: Reinhard Vogelsang / Rolf Westheider (Hrsg.), Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld 1998, S. 305-328.

³⁰ Hanschmidt, Die Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 155.

³¹ Lahrkamp, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 31.

³² Hans Joachim Behr, Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813-1933, in: Kohl, Westfälische Geschichte (wie Anm. 6), S. 45-164, hier 67.

³³ Lahrkamp, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 37, 39.

³⁴ Alwin *Hanschmidt*, Plan eines Verkaufs der Grafschaft Rietberg an Preußen 1814/15, in: Westfälische Zeitschrift 114 (1964), S. 343-348.

er sich schon bald um andere Interessenten bemühen. Spätestens um 1819 befand er sich mit dem aus Osnabrück stammenden Kaufmann und studierten Agrarökonomen Friedrich Ludwig Tenge in Verhandlungen. Im Auftrag seines Vaters hielt sich Tenge seit 1814 im östlichen Westfalen auf, um Liegenschaften zu erwerben und nutzbringend zu bewirtschaften. So erwarb er bereits 1814 das lippische Amtsgut Niederbarkhausen nahe Oerlinghausen und 1818 das lippische Rittergut Dalbke nahe Schloß Holte.³⁵

Für den 26-jährigen Tenge eröffneten die Verhandlungen mit dem Fürsten von Kaunitz-Rietberg die außerordentliche Chance, nicht nur eine Grundherrschaft im Umfang von 215 km² und die mit ihr verbundenen feudalen Herrschaftsrechte zu erwerben, sondern sich auch noch den Status eines privilegierten Standesherren anzueignen. Denn die seit 1807 mediatisierten Fürsten von Kaunitz-Rietberg verfügten nach wie vor, auf die ehemalige Grafschaft Rietberg bezogen, über solche dem Hochadel zugebilligten standesgemäßen Hoheitsrechte wie etwa die Gerichtsbarkeit, die Steuererhebung und das Kirchenpatronat.³⁶ Mit dem Erwerb der Grundherrschaft Rietberg vermochte Tenge nunmehr Ansprüche auf die Dienste und Abgaben von 838 pflichtigen Bauern und Bürgern zu erheben.³⁷ Darüber hinaus erwuchsen ihm mit der Übertragung beispielsweise des Hoheitsrechts eines Kirchenpatrons Befugnisse in den fünf Kirchspielen Rietberg, Neuenkirchen, Verl, Kaunitz und Mastholte, d. h. das Recht zur Besetzung der fünf Pfarr- und der zwölf Vikarsstellen.38 Allerdings zogen sich die Verhandlungen über den Erwerb der Domänen Rietberg und Holte aus unterschiedlichen Gründen über drei Jahre hin, bis sie im September 1822 zum Abschluss kamen und ein Kaufpreis von 226 666 Reichstalern vereinbart wurde.³⁹

Dass Friedrich Ludwig Tenge den Erwerb der Grundherrschaft letztendlich erfolgreich realisieren konnte, war alles andere als selbstverständlich und er selbst zweifelte lange an dem positiven Ausgang seiner Spekulation. So fehlte ihm erstens das Geld für diesen außerordentlichen Erwerb, der wegen seiner Größenordnung und seines sich auf anderthalb Jahrzehnte erstreckenden Verlaufs in ganz Westfalen Schlagzeilen machte. Die Art und Weise der Spekulation ist überaus bezeichnend für die außerordentliche Persönlichkeit Tenges, die bei aller nüchternen Überlegung nie das unternehmerische Risiko scheute. Josef Mooser hat ihn nicht zuletzt wegen dieser Spekulation als die "dynamischste Unternehmerpersönlichkeit Ostwestfalens" seiner Zeit bezeichnet. Um den hohen Betrag von fast 227 000 Reichstalern aufbringen zu können, musste er verschiedene Wege beschreiten. So nahm er beim Generalvikariat von Paderborn ein größeres Darlehen auf, wobei er nicht nur seine zukünftige Erbschaft von 110 000 Talern

³⁵ Horst Conrad, Friedrich Ludwig Tenge, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 11, Münster 1983, S. 56-92, hier 57f.

³⁶ Lahrkamp, Die französische Zeit (wie Anm. 6), S. 39f.

³⁷ Frank Konersmann, Die Tenges. 400 Jahre Unternehmer in Osnabrück und Ostwestfalen, Bielefeld 2004, S. 65.

³⁸ Frank Konersmann, Kooperation und Konfrontation zwischen protestantischem Unternehmer und katholischer Kirche in Ostwestfalen während des 19. Jahrhunderts, in: Johannes Altenberend (Hrsg.), Ein Haus der Geschichte (Festschrift für Prof. Dr. Reinhard Vogelsang zum 65. Geburtstag), Bielefeld 2004, S. 241-269, hier 258-264.

³⁹ ATR, Best. V, Nr. 1958.

⁴⁰ Josef *Mooser*, Ländliche Klassengesellschaft 1770-1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984, S. 216.

als Sicherheit angeboten, sondern auch auf ein von seinem Vater bereits 1792 dem Bischof von Paderborn gewährtes Darlehen in Höhe von 60 000 Reichstalern Bezug genommen haben dürfte. ⁴¹ Er konnte daher beim Generalvikariat von einer gewissen Kulanz für die Gewährung eines größeren Kredits ausgehen, dessen Höhe allerdings bis heute nicht bekannt ist. Darüber hinaus spekulierte Tenge auf jährliche Einnahmen im Umfang von etwa 20 000 Reichstalern aus den Domänen Rietberg und Holte. Die Grundlage seiner Berechnungen bildeten zum einen Abgaben und Dienste der 838 ihm gegenüber pflichtigen Bauern und Bürger der vormaligen Graftschaft Rietberg, zum anderen Einnahmen aus der Bewirtschaftung des etwa 700 ha umfassenden Holter Waldes.

Ein den Erwerb der Grundherrschaft gefährdenden Faktor stellten zweitens die Erbansprüche der Fürsten von Liechtenstein dar. Denn die mit den Grafen von Rietberg verwandte Familie Liechtenstein erhob gemäß der 1726 getroffenen Vereinbarung erneut Erbansprüche auf die Grafschaft.⁴² Um diesen Ansprüchen erfolgreich zu begegnen, schlossen Tenge und Fürst Aloysius Wenzel mehrere Zusatzverträge ab und nahmen das Rechtsinstitut des Generalmandatars in Anspruch. Demzufolge übernahm Friedrich Ludwig Tenge 1822 offiziell die Funktion des Generalbevollmächtigten des Grafen von Kaunitz-Rietberg, um in dessen Auftrag die Domänen bewirtschaften zu lassen und auf diese Weise die Einnahmen überhaupt für sich selbst in Anspruch nehmen zu können, die bei der Festlegung des Kaufpreises berücksichtigt worden waren. Erst nach erfolgreicher Beendigung des Prozesses mit der Familie Liechtenstein und nach vollständiger Begleichung des vereinbarten Betrages im Jahre 1836 konnte Tenge die Grundherschaft Rietberg als rechtmäßiger Eigentümer übernehmen.

Im Kontext dieser Erbschaftskonflikte bestritt schließlich drittens die preußische Regierung grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der Übertragung einer fürstlichen Standesherrschaft an eine Person bürgerlicher Herkunft, wobei sie auf ein bestehendes Gesetz von 1820 rekurrierte. Da sich Tenge in diesem Rechtsstreit mit der preußischen Regierung überaus hartnäckig zur Wehr setzte, musste der preußische König sogar einen Staatsrat mit der Bearbeitung des Falles beauftragen. Der Rechtsstreit zog sich über mehrere Jahrzehnte hin, sodass Tenge sogar noch in den 1840er-Jahren erwog, die Grundherrschaft wieder zu verkaufen. Der Prozess endete erst 1862 zuungunsten Tenges, als sich das Preußische Abgeordnetenhaus ein letztes Mal mit der Angelegenheit abschlägig befasste.

Die von der preußischen Regierung beanspruchte Landeshoheit über die vormalige Grafschaft Rietberg hatte zur Konsequenz, dass der preußische König als Rechtsnachfolger der Grafen entsprechende Aufgaben zu übernehmen hatte. Die preußische Regierung musste beispielsweise für die Besetzung des Amtsgerichts in der Stadt Rietberg sorgen und dessen Finanzierung gewährleisteten,⁴⁵

⁴¹ Frank Konersmann, Die bürgerliche Kaufmannsfamilie Tenge im Strukturwandel der Stadt Osnabrück zwischen 1650 und 1850, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 76 (2004), S. 219-244, hier 240.

⁴² Conrad, Friedrich Ludwig Tenge (wie Anm. 35), S. 59; Klingenstein, Der Aufstieg (wie Anm. 5), S. 83.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd., S. 61.

⁴⁵ Hermann Niebuhr, Das Gerichtswesen der Stadt Rietberg, in: Hanschmidt, 700 Jahre Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 254-280, hier 271f.

des Weiteren hatte sie sich an der Erhaltung des Gymnasiums in Rietberg und der Landschulen in den zwölf Bauerschaften der Rietberger Senne zu beteiligen.46 Hingegen lehnte die Regierung Zuschüsse für die Unterhaltung der Kirchenbauten und die Besoldung der insgesamt 17 katholischen Geistlichen im Dekanat Rietberg ab. Stattdessen machte sie auf die Patronatsverpflichtungen Tenges aufmerksam, da die mit diesem Rechtstitel verbundenen Ausgaben bei der Vereinbarung des Kaufpreises für die Grafschaft veranschlagt worden waren.⁴⁷ Freilich führte Tenge auch in diesem Konflikt mehrere Prozesse gegen einzelne Kirchspiele und beschwerte sich bei der zuständigen Kirchenleitung in Paderborn über fehlende Kooperationsbereitschaft der Geistlichen und Kirchspiele. Denn sie legten über die immer wieder anfallenden Baukosten entweder keine Rechnungen vor, oder sie verwehrten dem Kirchenpatron Einblick in ihre Bücher. Ein abschließendes Urteil erfolgte 1872 durch das Appellationsgericht in Paderborn, wonach die Baukosten in der Regel von der Gemeindekasse übernommen werden mussten. Falls diese dazu nicht imstande sein sollte, hatten der Patron zwei Drittel und die Gemeinde ein Drittel der Kosten zu übernehmen. 48

II. Disparate Interessen und wachsende Interessenkonflikte in der Senne – sozialer und wirtschaftlicher Wandel in der Grafschaft Rietberg

Im nächsten Abschnitt werden einige Merkmale des sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandels dieses Gebietes erläutert, der eine sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts verschärfende Diskrepanz von Interessen hervorbrachte.

II.1. Die Grafen von Kaunitz-Rietberg als Standes- und Landesherren

Zwar diente die 1699 zwischen dem mährischen Grafen Maximilian Ulrich von Kaunitz und der westfälischen Erbgräfin Maria Ernestine Franziska von Ostfriesland-Rietberg geschlossene Ehe vor allem dem eigennützigen Ziel, durch Übernahme einer Reichsgrafschaft dem mährischen Adelsgeschlecht zu höherem Prestige zu verhelfen und damit verbundene reichspolitische Vorteile zu verschaffen,⁴⁹ gleichwohl veranlasste das gräfliche Ehepaar – die Gräfin von Rietberg eher aus tiefer katholischer Frömmigkeit, der Graf von Kaunitz wohl eher aus staatskirchlich-katholischem Selbstverständnis – schon bald den Bau zahlreicher Kirchen- und Schulbauten in der Residenzstadt Rietberg und in ihrer unmittelbaren Umgebung. Dazu gehörten beispielsweise das zwischen 1716 und 1725 erweiterte Franziskanerkloster mit der Grablege der Grafenfamilie, die 1723 errichtete Statue des 1721 seliggesprochenen böhmischen Märtyrers Johannes von Nepomuk, sodann die diesem Märtyrer 1748 geweihte Johanneskapelle und noch in demselben Jahr die Errichtung des seinen Namen tragenden Gymnasiums Nepomucenum sowie 1749 die Ausrichtung des Johannesweges mit sie-

⁴⁶ Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 249.

⁴⁷ Ebd., S. 247.

⁴⁸ Ebd., S. 252.

⁴⁹ Hanschmidt, Die Grafschaft Rietberg (wie Anm. 3), S. 193; Klingenstein, Der Aufstieg (wie Anm. 5), S. 82f.

ben Bildstöcken. In diesen Maßnahmen und Investitionen, die weitgehend aus den Einkünften der Grafschaft, besonderen Abgaben und mit Hilfe erheblicher Kredite bezahlt wurden,⁵⁰ kommen sowohl das barocke Repräsentationsbedürfnis des Grafenpaares als auch dessen Sorge um das Seelenheil und das katholische Bekenntnis seiner Untertanen zum Ausdruck.

Freilich sind diese baulichen Maßnahmen ebenfalls als ein demonstratives Bekenntnis des Grafenehepaares zum erstarkenden staatskirchlichen Katholizismus habsburgischer Prägung zu verstehen. In Anbetracht der unmittelbaren Nachbarschaft zu lutherischen und reformierten Gebieten unter preußischer, hessischer und lippischer Landeshoheit wohnte dieser Kirchenpolitik zweifelsohne eine besondere konfessionspolitische Brisanz inne. Im Vergleich zu den bemerkenswerten Initiativen des Grafenehepaares zur Förderung katholischer Frömmigkeit und Kirchlichkeit veranlasste es keine sozialen und wirtschaftlichen Reformen, obwohl sich Beschwerden aus der Bevölkerung über ihre sich verschlechternde wirtschaftliche Lage häuften.⁵¹

In Anbetracht einer wachsenden Verschuldung der Grafschaft sah sich dann aber ihr Sohn Wenzel Anton zu derartigen Reformen veranlasst.⁵² Er übernahm seit 1746 offiziell die Regierung in Rietberg, die er faktisch von adligen Bevollmächtigten ausüben ließ. Die auf seine Anweisung eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen trugen nach Darstellung Manfred Beines zwar unzweifelhaft zur wirtschaftlichen Konsolidierung der Grafschaft bei. Gleichwohl nahm der Graf die wachsenden Einnahmen je länger je mehr für sein fürstliches Repräsentationsbedürfnis als Staatskanzler in Wien in Anspruch. Schon 1767 betrug die Höhe der Entnahmen über 45 % der gesamten Einnahmen der Grafschaft. Sie erhöhten sich bis 1780 auf knapp über 70 % und erreichten 1789 - im Jahr der Französischen Revolution – sogar fast 84 %.53 Eine weitere Steigerung der Abschöpfung ist von seinem Sohn Aloysius Wenzel von Kaunitz-Rietberg aus dem Jahre 1819 bekannt, also dem Jahr, als er mit dem Unternehmer Friedrich Ludwig Tenge in Kaufverhandlungen trat. Denn er belastete die Grafschaft mit einem Kredit von über 40 000 Gulden, den ihm der jüdische Bankier Jakob Löb Eltzbacher aus Neuenkirchen zur Verfügung stellte.54 Dieser Kredit wurde bei den Kaufverhandlungen mit Friedrich Ludwig Tenge selbstverständlich in Anschlag gebracht.

II.2. Die Landesherrschaft des französischen Königs von Westphalen und des preußischen Königs

Das zu Beginn des 19. Jahrhunderts 215 km² umfassende Gebiet der Grafschaft Rietberg dürfte für die Absichten der Regierungen der beiden neuen Flächen-

⁵⁰ Beine, Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg (wie Anm. 9), S. 461; Alwin Hanschmidt, Kommunikantenlisten aus der Stadt Rietberg (1755) und aus den Kirchspielen Mastholte, Neuenkirchen und Verl in der Grafschaft Rietberg (1769), in: Beiträge zur westfälischen Familienforschung 63/64 (2005/2006), S. 465-521, hier 468.

⁵¹ Ebd., S. 444-449.

⁵² Alwin *Hanschmidt*, Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg als Landesherr der Grafschaft Rietberg 1746-1794, in: *Klingenstein/Szabo*, Staatskanzler (wie Anm. 9), S. 416-439, hier 421.

⁵³ Beine, Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg (wie Anm. 9), S. 463.

⁵⁴ Elisabeth *Hanschmidt*, Jakob Löb Eltzbacher in Neuenkirchen. Bankier und Wechselier des Fürsten von Kaunitz-Rietberg, in: Heimatverein Neuenkirchen und Stadt Rietberg, Die Juden (wie Anm. 15), S. 50-69, hier 57.

staaten – des Königreiches Westphalen und des Königreiches Preußen – nur insofern eine Rolle gespielt haben, als es zu der Vielzahl mediatisierter Kleinstaaten des ehemaligen Alten Reiches gehörte. Denn nur in der Summe hielten diese Gebiete beachtliche Ressourcen für die Erhebung von Steuern und für die Requisition von Soldaten bereit.

Bei der Durchsetzung von Verwaltungsreformen als Grundlage innerstaatlicher Machtausübung gingen die beiden Regierungen unter den Königen Jerôme und Friedrich Wilhelm III. bemerkenswert rücksichtslos vor, und dies umso mehr, als auch das Königreich Preußen durch die langjährigen Kriege hoch verschuldet war.⁵⁵ Gezielte Maßnahmen zur infrastrukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Förderung der ohnehin agrarisch und gewerblich wenig entwickelten ostwestfälischen Senne⁵⁶ blieben hingegen aus. Von dieser Haltung gesellschaftspolitischer Ignoranz wich die preußische Regierung auch unter dem Eindruck der sich seit den 1820er-Jahren abzeichnenden generellen Absatzkrise für die teuren deutschen Leinenprodukte nicht ab, unter der die Garnspinner besonders litten. In der seit dem 16. Jahrhundert bestehenden Leinengewerbelandschaft Ostwestfalens übernahmen u. a. die zahlreichen Spinner der Senne die Herstellung des Garns, das sie z. T. im Auftrag von Webern, z. T. im Auftrag von Leinwandhändlern anfertigten; Letztere stellten ihnen zumeist auch den Flachs zur Verfügung.⁵⁷ Bei der Garnspinnerei handelte es sich um das noch 1850 zahlenmäßig am stärksten vertretene Gewerbe in der Stadt und auf dem Land innerhalb des Amtes Rietberg.58 Dort waren über 50 % der Bevölkerung auf das zusätzliche Einkommen durch das Spinnen von Garn und dessen Verkauf vor allem an Weber und Leinwandhändler aus der benachbarten Grafschaft Ravensberg angewiesen.⁵⁹

Obwohl Friedrich Ludwig Tenge in einem umfangreichen Memorandum an die preußische Regierung bereits in den 1830er-Jahren auf die wachsende Verelendung eines Großteils der Bevölkerung aufmerksam machte und auch die Amtleute in ihren Berichten über das seinerzeit als Pauperisierung bezeichnete Problem berichteten, reagierten die Provinzregierung in Münster und die Zentralregierung in Berlin nicht. Erst einige Jahre nach der Revolution von 1848/49 wurde der preußische Regierungsrat Carl Hermann Bitter in die ostwestfälische Region geschickt. In seinem Bericht von 1853 stellte er konsterniert fest, dass es sich bei der Senne um "den ärmsten Theil der Provinz Westfalen" handele.⁶⁰ Für die Verarmung der Bevölkerung, insbesondere der besitzarmen oder besitzlosen

⁵⁵ Behr, Die Provinz Westfalen (wie Anm. 32), S. 47-54.

⁵⁶ Stephanie *Reekers*, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil 3: Tecklenburg-Lingen, Reckenberg, Rietberg und Rheda, in: Westfälische Forschungen 19 (1966), S. 27-78, hier 52-54, 62.

⁵⁷ Hermann von *Laer*, Stagnation und forcierte Industrialisierung. Die wirtschaftliche Entwicklung Rietbergs im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Hanschmidt*, 700 Jahre Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 488-535, hier 507f.

⁵⁸ Konersmann, Soziale Differenzierung (wie Anm. 27), S. 182.

⁵⁹ Axel Flügel, Kaufleute und Manufakturen in Bielefeld. Sozialer Wandel und wirtschaftliche Entwicklung im proto-industriellen Leinengewerbe von 1680 bis 1850, Bielefeld 1993, S. 32-43; Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 242.

⁶⁰ Carl Hermann *Bitter*, Bericht über den Nothstand in der Senne zwischen Bielefeld und Paderborn, Regierungsbezirk Minden, und Vorschläge zur Beseitigung desselben, auf Grund örtlicher Untersuchungen aufgestellt, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 64 (1964/65), S. 1-108, hier 18.

Heuerlinge, machte der Regierungsrat in erster Linie aber den Unternehmer Tenge verantwortlich. In diesem Sinne stellte er fest: Mit "drückenden Prozessen, welche der Gutsbesitzer Tenge zu Niederbarkhausen wegen rückständiger Abgaben nachsichts- und schonungslos gegen die bäuerlichen Wirthe führte, [habe er] vieles dazu beigetragen, um deren üble Lage in Bezug auf die Schulden-Verhältnisse zu befördern."61

II.3. Die bürgerliche Grundherrschaft des Unternehmers Friedrich Ludwig Tenge

Kennzeichnend für die Bewirtschaftung des Grundbesitzes und für die Betriebsführung der industriellen Unternehmungen Friedrich Ludwig Tenges war die möglichst effektive Nutzung aller ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen, einschließlich der von ihm abhängigen Menschen. Denn durch den Erwerb der Grundherrschaft Rietberg hatte er sich hoch verschuldet, sodass er auf hohe Einnahmen angewiesen war.

Der als Kaufmann und Agrarökonom ausgebildete Tenge verkörperte den seinerzeit auftretenden Typ des "Allround-Unternehmers"62. Tenge ergriff in mehreren Gewerbezweigen die Initiative, ließ sich von Fachleuten beraten und warb sie nötigenfalls aus anderen Unternehmen ab, um sie als leitende Angestellte in seinen Industriebetrieben und als Verwalter seiner Domänen einzustellen. So gründete er 1834, 1840 und 1846 drei Glashütten, 1835 eine Papiermühle und 1842 eine Eisenhütte, die er später weiter ausbauen ließ. Für die Produktion benötigte er ebenfalls handwerkliche Facharbeiter, die er in der ostwestfälischen Senne nicht vorfand. Insofern musste er auch für die Produktion fähiges und vertrauenswürdiges Personal anwerben. Demzufolge arbeiteten in der 1834 errichteten Glashütte Marschallshagen östlich von Paderborn und in der 1846 begründeten Glashütte Rietberg böhmische und belgische Glasarbeiter.63 In der Holter Eisenhütte waren anfänglich Fachkräfte aus dem Rheinland und aus dem Raum Osnabrück tätig, die dort zuvor beispielsweise in der Beckeroder Eisenhütte,64 dem später als Gutehoffnungshütte bekannten Werk, gearbeitet hatten.65

Die Leitung dieser Unternehmungen, die Koordination des zwischen ihnen bestehenden Ressourcen- und Gütertransfers und erst recht die Oberaufsicht oblag der Generalverwaltung mit Sitz im Amtsgut Niederbarkhausen bei Oerlinghausen, wo auch Friedrich Ludwig Tenge mit seiner Familie wohnte. Zeit seines Lebens überwachte Tenge alle wesentlichen Vorgänge in der Gesamtverwaltung, aber auch in den einzelnen industriellen Unternehmungen. Sein um-

⁶¹ Ebd., S. 47.

⁶² Jürgen Kocka, Der Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975, S. 45f.; Konersmann, Die Tenges (wie Anm. 37), S. 187.

⁶³ Frank Konersmann, Die Glashütte in Rietberg. Strukturprobleme während der Frühindustrialisierung, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh (2001), S. 99-105, 169-171; Konersmann, Die Tenges (wie Anm. 37), S. 71-95.

⁶⁴ Rainer Rottmann, Die Beckeroder Eisenhütte. Geschichte eines der ersten Industriebetriebe im Osnabrücker Land 1836-1903, Osnabrück 2006.

⁶⁵ Frank Konersmann, Handwerkerarbeiter und Unternehmerpatriarchen. Zur Sozialgeschichte der Holter Eisenhütte in der Senne (1842-1966), in: Westfälische Forschungen 53 (2003), S. 321-344, hier 330f.

sichtiger, aber auch autoritärer Führungsstil selbst gegenüber den leitenden Angestellten war Legende und führte zu manchen Konflikten. Die ihm pflichtigen Bauern und Bürger nahm er regelmäßig für die Ressourcengewinnung etwa des Rasenerzes in Anspruch, um das Erz in der Holter Eisenhütte zu verhütten und Gusseisen herzustellen. Darüber hinaus hatten die ihm pflichtigen Personen Fuhrdienste für die Unternehmungen zu leisten, zumal sich die nächst liegende Eisenbahnverbindung bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Wiedenbrück befand. Abgesehen davon ließ er die Rietberger Domäne von neu angesiedelten Köttern bewirtschaften, die sich bis zu Beginn der Weimarer Republik in einer feudalähnlichen Abhängigkeit zur Familie Tenge befanden. Des Weiteren unterhielt er anfänglich in Niederbarkhausen und in Rietberg eine Schäferei, die sich aber spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts in Anbetracht des verstärkten Angebots ausländischer Baumwolle nicht mehr rentierte.

In die Organisation seiner Betriebe und in die Bewirtschaftung seiner Domänen bezog Friedrich Ludwig Tenge von Anfang an sowohl seine Söhne als auch seine Schwiegersöhne ein, sodass manche Konflikte innerhalb der Familie unausweichlich waren. Zudem entpuppten sich drei seiner Schwiegersöhne, nämlich Ottmar von Behr, Julius Meyer und Carl Dresel, und anfänglich auch noch sein ältester Sohn Carl Friedrich als Anhänger sozialistischer Ideen.⁶⁷ Sie unterhielten enge Kontakte beispielsweise zu Otto Lünig, Hermann Kriege, Rudolph Rempel und selbst zu Karl Marx, sodass ein preußischer Polizeibeamter 1845 erstaunt feststellte, dass "merkwürdiger Weise … der genannte Tenge das Unglück" habe, "lauter exaltierte Communisten zu Schwiegersöhnen bekommen zu haben."

II.4. Die Katholische Kirche

Nachdem der Bischof von Osnabrück die Einrichtung eines eigenen Landdekanats für die Grafschaft Rietberg 1656 bestätigt hatte, vermochten die Grafen mit Hilfe des Pfarrklerus und der seit 1618 in Rietberg ansässigen Franziskaner die katholische Konfessionskultur entsprechend den lokalen religiösen Bedürfnissen spezifisch zu fördern und auf die Stadt Rietberg zu konzentrieren. Es wurden nach und nach acht Prozessionen eingeführt, die im Verlauf eines Kirchenjahres an hohen christlichen Feiertagen stattfanden. An deren Vorbereitung und Durchführung waren zahlreiche in Bruderschaften organisierte Laien beteiligt. Auf dieser institutionellen und personellen Grundlage vermochte im frühen 18. Jahrhundert das Grafenehepaar Maximilian Ulrich von Kaunitz und Maria Ernestine Franziska von Rietberg mit Unterstützung einiger Theologen, insbesondere des Rietberger Stadtpfarrers und Dekans Johann Christoph Schürckmann, die katholische Frömmigkeit in der Grafschaft weiter zu intensivieren. Infolgedessen prägte sie sich zu einem kulturpolitischen Merkmal der katholischen Senne aus, mit dem sich die Bewohner identifizierten und für dessen Erhaltung sie sich ins-

⁶⁶ Konersmann, Die Tenges (wie Anm. 37), S. 64-66f., 167f.

⁶⁷ Frank Konersmann, Politische Konflikte zwischen zwei Generationen im Vormärz. Die Kaufmanns- und Unternehmerfamilie Tenge in Ostwestfalen, in: Westheider/Vogelsang, Eine Region im Aufbruch (wie Anm. 29), S. 71-98, hier 81-91.

⁶⁸ Geheimes Staatsarchiv Berlin (GhStA Be), I Hauptabteilung (HA), Best. Rep. 77, Tit. 615 Nr. 16, fol. 20.

⁶⁹ Erika Heitmeyer, Die katholische Pfarrei St. Johannes Baptista in Rietberg, in: Hanschmidt, 700 Jahre Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 348-366.

besondere in den verschiedenen Konflikten mit dem lutherischen Generalmandatar Friedrich Ludwig Tenge seit den 1820er-Jahren einsetzten.

In diesen Konflikten, in denen es um Baulastverpflichtungen an den Pfarrkirchen, regelmäßige Zahlung aus den Armenstiftungen und die Besoldung der insgesamt 17 Geistlichen ging, war das katholische Landdekanat und die katholische Bevölkerung zunächst weitgehend auf sich gestellt, zumindest vermitteln die Akten des Erzbistums Paderborn diesen Eindruck. Denn dem Generalvikariat in Paderborn fehlte es offensichtlich an genauen Informationen über die bisher übliche Praxis der Kirchenverwaltung und Stellenbesetzung im Rietberger Dekanat.⁷⁰ Diese unsicheren Rahmenbedingungen der katholischen Kirche in der Senne dürften nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass das Rietberger Dekanat seit 1821 nicht mehr dem Bistum Osnabrück, sondern dem Bistum Paderborn zugeordnet war.⁷¹ Zudem sahen sich die westfälischen Bistümer nach Abschluss des Wiener Kongresses 1815 mit dem politisch erstarkten und vergrößerten protestantischen Königreich Preußen konfrontiert. Der preußische König machte aus seiner Antipathie und seinen Mediatisierungsbestrebungen gegenüber der katholischen Kirche keinen Hehl, während der Vatikan zu dieser Zeit politisch geschwächt war.⁷²

In Anbetracht dieser prekären Ausgangslage ist es nicht verwunderlich, dass sich die katholische Bevölkerung mit Hilfe mehrerer Geistlicher in den späten 1840er-Jahren in bemerkenswerter Zahl im "Konstitutionellen Verein für die Grafschaft Rietberg" organisierte. Seine Mitglieder setzten sich erstmals eigenständig für ihre sozialen Interessen und religiösen Bedürfnisse sowohl gegenüber dem Grundherrn Tenge als auch gegenüber der preußischen Regierung ein und verfassten Petitionen. Dieser Verein wurde von den beiden Pfarrern Arnold Gauckstert aus Mastholte und Anton Peter Bieling aus Rietberg geleitet. Er umfasste immerhin etwa 1 600 Mitglieder, von denen nicht wenige Personen aus den Lokalvereinen der Bauerschaften Mastholte, Bokel, Neuenkirchen, Verl und Kaunitz stammten. Aller Wahrscheinlichkeit nach bildete er auch den organisatorischen Kern des die gesamte Senne erfassenden Protestzuges im März 1848, als mehrere tausend Teilnehmer in bemerkenswerter Disziplin zur Generalverwaltung und zum Wohnsitz Friedrich Ludwig Tenges nach Niederbarkhausen zogen.73 In Anbetracht des niedergehenden Leinengewerbes und zunehmender Zahlungsunfähigkeit der Heuerlinge vermochten die Kolonen ihren Verpflichtungen gegenüber Tenge nicht mehr nachzukommen. Sie erwarteten daher von Tenge eine Absenkung der mit ihm vereinbarten Renten und die Aufhebung älterer Feudallasten wie beispielsweise der Prästationen (Frondienste) und Bestialien (Abgabe von Tieren).74

Im Zuge des von den Päpsten Gregor XVI. und Pius IX. seit der Mitte des 19. Jahrhunderts massiv geförderten Ultramontanismus in Europa und somit

⁷⁰ Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 249-253.

⁷¹ Heitmeyer, Die katholische Pfarrei (wie Anm. 69), S. 349.

⁷² Eduard *Hegel*, Die katholische Kirche 1800-1962, in: *Kohl*, Westfälische Geschichte (wie Anm. 6), S. 34-384, hier 354-362.

⁷³ Für diese Einschätzung des Vereins habe ich verschiedene Indizien zusammengetragen in Konersmann, Soziale Differenzierung (wie Anm. 27), passim.

⁷⁴ Wibbing, Der Zug nach Barkhausen (wie Anm. 29), S. 305-314.

auch in den deutschen Diözesen⁷⁵ entwickelten sich Rietberg und die Senne in ihrem Selbstverständnis quasi zu einem Bollwerk des deutschen Katholizismus. In diesem Zusammenhang entfaltete das Franziskanerkloster in Rietberg vielfältige Aktivitäten und rückte zu einem Zentrum katholischer Frömmigkeit auf mit starker Ausstrahlung auf den neu gegründeten Piusverein in der Diözese Paderborn. Insbesondere durch den vormaligen Rietberger Pastor Anton Peter Bieling, der 1857 zum Geistlichen Rat des Generalvikariats in Paderborn ernannt wurde und der auch Mitglied im Vorstand des Piusvereins der Diözese war, dürften sich enge kirchenpolitische Verbindungen zwischen dem Landdekanat Rietberg und der Kirchenleitung in Paderborn ausgeprägt haben. Es verwundert daher auch nicht, dass die Zentralregistratur des Piusvereins zwischen 1850 und 1864 relativ hohe Einnahmen aus dem kleinen Dekanat Rietberg ausweist, wenn man sie mit den Einnahmen ihm ähnlich großer Landdekanate vergleicht.⁷⁶

II.5. Die Bürger und Bauern

Zwar wurde die Bevölkerung der Grafschaft in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die kirchlichen und schulischen Bauvorhaben des Grafenehepaares Maximilian Ulrich von Kaunitz und Maria Ernestine Franziska von Ostfriesland-Rietberg finanziell stark belastet. Zudem wurde sie infolge der engen Bindung an die Habsburger-Monarchie im Siebenjährigen Krieg erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Aber mit der gräflichen Förderung katholischer Kirchlichkeit, schulischer Ausbildung und karitativer Stiftungen wurde der städtischen und ländlichen Bevölkerung immerhin ein erhebliches soziales und kulturelles Angebot gemacht. Es wurde von ihr dankbar aufgriffen, weil auf diesem Wege das kulturelle Prestige der Grafschaft innerhalb der westfälischen Region deutlich aufgewertet wurde und sich der Bevölkerung neue Möglichkeiten zu kollektiver Identitätsbildung eröffneten. Diesen Eindruck vermitteln nicht nur die zahlreichen Bruderschaften in Rietberg, sondern auch die vielseitigen und häufigen Messstiftungen in den Landpfarreien; Letztere sind bisher aber nur in Ansätzen erschlossen.

Zudem dürften die kirchlichen, religiösen, schulischen und karitativen Initiativen und Maßnahmen des Grafenehepaares das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung in der Senne nachhaltig geprägt haben. Sie waren historisch so wirksam, dass sich die bürgerlichen und bäuerlichen Nachkommen noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts wehmütig an sie erinnerten. So hoben sie in ihren Protesten gegen die autoritäre Verwaltung der französischen Regierung die "glückliche Zeit" der gräflichen Regierung hervor.⁷⁹ Und noch in den zahlreichen Konflik-

⁷⁵ Behr, Die Provinz Westfalen (wie Anm. 32), S. 68f.; Dominik Burkard, 1848 als Geburtsstunde des deutschen Katholizismus? Unzeitgemäße Bemerkungen zur Erforschung des katholischen Vereinswesens, in: Saeculum 49 (1998), S. 61-106; Egon Lönne, Katholizismus-Forschung, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 128-170.

⁷⁶ Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 264 Anm. 147.

⁷⁷ Wigbert Osthues, Bruderschaften, Sodalitäten und Vereine im Leben der Pfarrgemeinde Rietberg bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Alwin Hanschmidt (Hrsg.), 500 Jahre Pfarrkirche St. Johannes Baptista Rietberg 1483-1983. Aus Geschichte und Gegenwart von Kirche und Gemeinde, Rietberg 1983, S. 121-132.

⁷⁸ Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 248 Anm. 43.

⁷⁹ Zitiert nach Hanschmidt, Die Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 155.

ten während der 1840er-Jahre mit dem neuen Eigentümer der Grundherrschaft, dem lutherischen Unternehmer Friedrich Ludwig Tenge, verglichen sie – unterstützt hierbei von mehreren Geistlichen und Lehrern – in Petitionen an die preußische Regierung und in Artikeln des "Volksblattes" die wohltätige und milde Regentschaft der Grafen mit der inhumanen Vorgehensweise des neuen bürgerlichen Grundherrn.⁸⁰ In diesem Sinn schrieb beispielsweise der Kaplan Franz Josef Mühlenkamp aus Verl 1848 emphatisch über die Regierungszeit der Grafen, dass diese in "Notjahre[n] … den Einwohnern in jeder möglichen Art, durch Zuwendung von Naturalien, Geldspenden, Erlaß oder Stundung der Gefälle … unter die Arme gegriffen. Was ist dagegen im vorigen Notjahre geschehen? – Von All' dem gar nichts, – vielmehr wurden die älteren Rückstände sogar ohne Nachsicht beigetrieben."⁸¹

Die Erlebnisse während des großen Protestzuges der Bauern und der von ihnen abhängigen Heuerlinge im März 1848 brannten sich tief in das kollektive Bewusstsein und Gedächtnis der katholischen Bevölkerung der Senne ein. Solche Erfahrungen dürften ganz wesentlich zu ihrer Politisierung beigetragen haben, die schon in den Konflikten anlässlich der Besetzung der Amtmannsstelle in Rietberg zu Beginn der 1840er-Jahre erkennbar geworden war. Die anfänglich liberalen Züge der katholischen Protestbewegung und Parteienbildung in der Rietberger Senne, verkörpert vor allem durch den mitgliederstarken und auch in den Landgemeinden verankerten "Konstitutionellen Verein der ehemaligen Grafschaft Rietberg", verlor unter dem Druck politischer Restauration in Preußen seit dem Vormärz einerseits und des von den Päpsten initiierten Ultramontanismus seit den 1850er-Jahren andererseits an Kraft und Bedeutung.

Daraufhin entwickelte sich die Rietberger Senne in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem konservativen und katholischen Bollwerk sowohl gegen die preußische Regierung als auch gegen die kulturelle Hegemonie des Protestantismus preußischer Prägung. ⁸³ Das dezidiert katholische Selbstverständnis der Bevölkerung lässt sich besonders deutlich an der Schwerpunktverlagerung im Kreis der Wahlmänner von den 1850er-Jahren an feststellen. Dazu stellt Manfred Beine fest: "Doch bald verloren die Liberalen und Demokraten im Amt Rietberg an politischer Bedeutung. Standen bei der Urwahl im Jahre 1852 noch vier demokratische Wahlmänner 23 konservativen gegenüber, so ergaben die Wahlen von 1855 und 1858 ein lupenreines konservatives Wahlmännerkontingent aus Rietberg." ⁸⁴ Unter diesen Wahlmännern befanden sich freilich noch mehrere vormals konstitutionell gesinnte Geistliche wie der Pfarrer Anton Gauckstert aus der Bauerschaft Moese, der Pfarrer Anton Viktor Austrup aus

⁸⁰ Konersmann, Soziale Differenzierung (wie Anm. 27), S. 189.

⁸¹ Franz Josef Müblenkamp, in: Volksblatt (1848) Nr. 27, S. 217. Das bisher einzige bekannte Exemplar dieser Zeitung befindet sich in den Beständen des ATR.

⁸² Beine, 150 kommunale Selbstverwaltung (wie Anm. 24), S. 147-150; Konersmann, Soziale Differenzierung (wie Anm. 27), S. 185-188.

⁸³ Manfred *Beine*, Wahlen und Parteien in Stadt und Amt Rietberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Hanschmidt*, 700 Jahre Stadt Rietberg (wie Anm. 9), S. 664-745, hier 664-670; Manfred *Beine*, Rietberg im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Jan *Carstensen* (Hrsg.), Mach mich schön. Frauenporträts der 1930er Jahre, Essen 2007, S. 15-25, hier 19-23.

⁸⁴ Beine, Wahlen (wie Anm. 83), S. 670.

Neuenkirchen und der Vikar Bernhard Holländer aus Rietberg. ⁸⁵ Da sie in den späten 1840er-Jahren im "Volksblatt" sozial und politisch engagierte Artikel verfasst und auch im "Konstitutionellen Verein" mitgearbeitet hatten, ⁸⁶ dürften sie vor Ort weiterhin eine ältere, bisher kaum beachtete liberale Strömung innerhalb der institutionell gefestigten katholischen Kirche verkörpert haben.

III. Begrenzte neue Handlungsspielräume und Partizipationschancen im gesellschaftlichen Wandel der Senne (1822-1856)

In diesem strukturschwachen und agrarwirtschaftlich wenig begünstigten Gebiet Ostwestfalens war die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung entweder auf soziale und wirtschaftliche Initiativen und Maßnahmen der Landes- und Grundherren oder auf die Kooperation mit Leinwandhändlern und Webern aus dem Raum Bielefeld angewiesen, um wenigstens als Garnspinner ein gewerbliches Einkommen erzielen zu können. Erst mit dem Auftreten des bürgerlichen Kaufmanns und Unternehmers Friedrich Ludwig Tenge als Generalmandatar des Fürsten Aloysius Wenzel von Kaunitz-Rietberg 1822 boten sich zum einen neue agrarwirtschaftliche Perspektiven für die Großbauern (Kolonen) und für manche auf den Domänen angesiedelte Kötter, deren Wirtschaftsverhalten aber noch nicht untersucht ist, zum anderen Beschäftigungsgelegenheiten in mehreren frühindustriellen Betrieben, darunter drei Glashütten, eine Papiermühle und eine Eisenhütte.⁸⁷

Zumeist war die Mehrheit der Bevölkerung aber die Leidtragende des verfassungs- und staatspolitischen Wandels der Grafschaft Rietberg im Untersuchungszeitraum. So bescherte die enge Verbindung der Grafen von Kaunitz-Rietberg zur Habsburger-Monarchie der Bevölkerung im Siebenjährigen Krieg erstmals größeres Leid, das lediglich durch eine einmalige Zahlung des Fürstenhauses in Höhe von 4 850 Reichstalern 1758 etwas gemildert wurde.88 Darüber hinaus kamen die steigenden Einnahmen der Grafschaft im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts vor allem dem Privathaushalt Wenzel Antons von Kaunitz-Rietberg in Wien zugute, wo er als habsburgischer Staatskanzler tätig war. Diese Konstellation einer finanziellen Überbeanspruchung der Rietberger Senne verschärfte sich noch einmal in der Regierungszeit König Jerômes zwischen 1806 und 1814 und auch in den ersten Jahrzehnten unter der Landesherrschaft der preußischen Könige von 1815 an. Zwar war die Bevölkerung seit der Einführung des Code civil 1804 persönlich frei und verfügte mit dem Code de commerce von 1807 über die Gewerbefreiheit, sie verlor aber im Zuge der französischen Verwaltungsreformen ihren lokalen Entscheidungsspielraum, den sie z. T. erst mit der preußischen Gemeindeordnung 1841 zurückgewann, die ihr aber nunmehr das sozial ungerechte Dreiklassenwahlrecht bescherte.

⁸⁵ Dies geht aus der Auflistung der gewählten Wahlmänner im Amt Rietberg für die Urwahlen zum preußischen Landtag seit 1849 hervor, ebd., S. 728-738.

⁸⁶ Konersmann, Kooperation (wie Anm. 38), S. 256 Anm. 89.

⁸⁷ Über alle diese Betriebe finden sich größere Passagen in *Konersmann*, Die Tenges (wie Anm. 37), S. 71-136, und betriebliche Studien in *Konersmann*, Die Glashütte (wie Anm. 63), S. 99-105, 169-171, und in *Konersmann*, Handwerkerarbeiter (wie Anm. 65), S. 321-344.

⁸⁸ Strimitzer, Relationen (wie Anm. 10), S. 284.

In Anbetracht der auffallenden Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierungen der neuen Staatsgebilde, des Königreichs Westphalen und dann des Königreichs Preußen, auftraten, war die Mehrheit der Bevölkerung bis in die 1850er-Jahre weitgehend auf sich allein gestellt. Lediglich die von den Grafen von Kaunitz-Rietberg im 18. Jahrhundert geförderte katholische Frömmigkeit und Kirchlichkeit schuf eine verlässliche Grundlage für eine uneingeschränkt positive Identifizierung. Dieses kulturelle und mentale Potential nutzten sowohl die bäuerliche Bevölkerung als auch die in finanziell prekären Verhältnissen lebenden Geistlichen und Lehrer, 89 um seit den 1820er-Jahren einen beachtlichen Widerstand zu organisieren, der sich sowohl gegen die Ansprüche des bürgerlichen Grundherrn Friedrich Ludwig Tenge als auch gegen die überzogenen Forderungen der preußischen Regierung richtete. Infolge dieser geradezu erzwungenen Politisierung von Seiten des Staates und des bürgerlichen Grundherrn nutzte die Bevölkerung die bis dahin nicht vorhandenen Mittel, Formen und Medien zur Artikulation ihrer Interessen, sei es durch Petitionen, sei es durch Wahlen, sei es durch Vereine, sei es durch Zeitungen.